

1.10. Verpuffende Sonderschulden:

Die beiden nachfolgend zitierten Artikel – einer aus dem Münchner Merkur der anderen bei t-online – bestätigen all meine in mehreren Beiträgen auf dieser Internetseite bereits zum Ausdruck gebrachten Kritikpunkte und Befürchtungen zur fehlgeleiteten Verwendung der immensen Sonderschulden, genannt Sondervermögen sowie den daraus zukünftig zu erwartenden, gravierenden Problemen: Unsere nachfolgenden Generationen werden dadurch sowohl mit einem Riesenschuldenberg als auch mit den Folgen verpasster Zukunftsinvestitionen u kämpfen haben. Letzteres verschlechtert die Lage unserer Nachkommen in unverantwortlicher Weise, weil unsere heutige Generation lieber auf Kosten ihrer Nachfolger viel zu viel für den aktuellen Konsum verwendet, als an die jungen Leute zu denken. Denn täte man dies heute, würde man eigenen Konsumverzicht zugunsten eben dieser leisten und die Mittel aus der Schuldenaufnahme für wirklich zukunfts-gerichtete Investitionen verwenden!

Artikel beim Münchner Merkur 17.03.2026 von Marcel Reich:

Milliarden-Versagen beim Sondervermögen: 86 Prozent der Mittel zweckentfremdet – IW fällt vernichtendes Urteil
500-Milliarden-Paket

Milliarden-Versagen beim Sondervermögen: 86 Prozent der Mittel zweckentfremdet – IW fällt vernichtendes Urteil

Das IW kritisiert das 500-Milliarden-Sondervermögen scharf. 2025 seien 86 Prozent der Mittel zweckentfremdet worden. Ein Detail im Kernhaushalt macht das Problem größer.

Berlin – Knapp ein Jahr nach der Verabschiedung des 500-Milliarden-Euro-Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) fällt das Kölner Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ein vernichtendes Urteil: 86 Prozent der Mittel seien 2025 zweckentfremdet worden, zeigen IW-Berechnungen, die der Nachrichtenagentur Reuters am Dienstag vorlagen. „Ein Jahr, nachdem der Bundestag das Sondervermögen bewilligt hat, bleibt Ernüchterung“, sagte IW-Forscher Tobias Hentze. „Union und SPD hatten die Chance, den Investitionsstau aufzulösen. Sie haben sie bislang nicht genutzt.“

„Verschiebebahn“ statt Investitionen: IW rechnet mit Merz-Regierung beim Sondervermögen ab

Die Zahlen sind deutlich: Die tatsächlichen Investitionsausgaben des Bundes – einschließlich des Sondervermögens und bereinigt um finanzielle Transaktionen – beliefen sich 2025 auf rund 71 Milliarden Euro. Gegenüber 2024 entspricht das einem nominalen Plus von lediglich zwei Milliarden Euro, gerade genug, um die Inflation auszugleichen. Geplant hatte der Bund, 19 Milliarden Euro aus dem SVIK abzurufen. „Nur drei von vier geplanten Euro flossen also tatsächlich ab“, so Hentze. Insgesamt rief die Bundesregierung 2025 nur 42 Prozent der vorgesehenen SVIK-Mittel ab.

Ein erheblicher Teil der tatsächlich geflossenen Gelder diente zudem nicht dem eigentlichen Zweck. Zwölf Milliarden Euro aus dem Sondervermögen ersetzten laut IW schlicht Ausgaben, die zuvor aus dem regulären Haushalt bestritten worden wären. „Stichwort Verschiebebahnhof“, kommentierte Hentze. Als Beispiel nennt das Institut sogenannte „Sofort-Transformationskosten“ für Krankenhäuser, die der Bund als Investitionen aus dem Sondervermögen verbucht, obwohl sie laufende Betriebskosten abdecken. Auch der Klima- und Transformationsfonds (KTF) enttäuschte: Seine tatsächlichen Investitionen lagen 8,3 Milliarden Euro unter Plan und sanken sogar unter das Niveau von 2024. Die für die Länder vorgesehenen 8,3 Milliarden Euro können aus bürokratischen Gründen erst ab 2026 fließen.

Sondervermögen verpufft: Nur 42 Prozent der geplanten Mittel abgerufen – IW spricht von „strukturellem Geburtsfehler“

Selbst im Kernhaushalt verfehlte die Bundesregierung ihre eigenen Maßstäbe. Um überhaupt auf das SVIK zugreifen zu dürfen, muss der Bund mindestens zehn Prozent seiner regulären Ausgaben in Investitionen stecken. In der Planung erreichte er diese Schwelle knapp – tatsächlich lag die Quote nur bei 8,7 Prozent. „Auch im Kernhaushalt verfehlte die Bundesregierung ihre eigenen Vorgaben“, lautet das IW-Fazit. Folgen hat das dennoch nicht, wie das Institut kritisiert:

„Konsequenzen hat das nicht: Die Vorgabe bezieht sich nur auf die geplanten, nicht auf die tatsächlichen Ausgaben.“ Das IW wertet dies als „strukturellen Geburtsfehler“ – es fehle „ein wirksamer Kontrollmechanismus“. (*Verwendete Quelle: IW, Reuters*)

Das SVIK war am 18. März 2025 noch vom alten Bundestag beschlossen worden, obwohl der neue bereits gewählt war. Die nötige Zweidrittelmehrheit kam zustande, weil neben Union und SPD auch die Grünen zustimmten. Für 2026 fordert das IW nun, dass die Re-

gierung ihr Versprechen der Zusätzlichkeit einlöst und die Mittel konsequent für Infrastruktur und Klimaneutralität einsetzt – verbunden mit schnelleren Verfahren in der öffentlichen Verwaltung.

Artikel auf t-online vom 17.03.2026 von Reuters:

Ifo-Studie: 86 Prozent des Sondervermögens wurden zweckentfremdet (Korrektur von Hans-Dieter Bottke: Die IW-Studie kommt auf die Zahl 86%, laut ifo-Studie sind es sogar 95%)

Eigentlich sollte das vom Bundestag beschlossene Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität Investitionen fördern. Nach dem ersten Jahr ist die Bilanz ernüchternd.

Ein Jahr nach dem Beschluss des Sondervermögens für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) fällt die Zwischenbilanz zweier Wirtschaftsforschungsinstitute kritisch aus. Sowohl das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) als auch das Ifo-Institut sehen deutliche Abweichungen von den ursprünglichen Zielen.

Nach Berechnungen des IW wurden im vergangenen Jahr 86 Prozent der Mittel zweckentfremdet. "Ein Jahr, nachdem der Bundestag das Sondervermögen bewilligt hat, bleibt Ernüchterung", sagte IW-Forscher Tobias Hentze der Nachrichtenagentur Reuters. Die tatsächlichen Investitionsausgaben des Bundes seien gegenüber 2024 nur um rund zwei Milliarden Euro gestiegen – ein Plus, das laut IW in etwa der Inflation entspreche.

Zudem hätten rund zwölf Milliarden Euro aus dem Sondervermögen Ausgaben ersetzt, die zuvor aus dem regulären Haushalt finanziert worden seien. Das IW spricht in diesem Zusammenhang von einem "Verschiebepark". Auch geplante Mittel seien nur teilweise abgeflossen: Insgesamt habe die Bundesregierung im Jahr 2025 lediglich 42 Prozent der vorgesehenen SVIK-Gelder genutzt.

Daneben hätten die Planungen zehn Milliarden Euro für den Klima- und Transformationsfonds (KTF) sowie 8,3 Milliarden Euro für die Länder vorgesehen. Die tatsächlichen Investitionen des KTF aber hätten im Vorjahr um 8,3 Milliarden Euro unter Plan gelegen und seien sogar unter das Niveau von 2024 gefallen. Die Mittel für die Länder könnten aus bürokratischen Gründen erst ab 2026 fließen. Insgesamt habe die Bundesregierung 2025 nur 42 Prozent der geplanten SVIK-Mittel abgerufen.

Bundesregierung schiebt Geld umher

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt das Ifo-Institut. Nach dessen Berechnungen wurden 95 Prozent der neuen Schulden im Jahr 2025 nicht für zusätzliche Infrastrukturinvestitionen verwendet. Die Schuldenaufnahme sei um 24,3 Milliarden Euro gestiegen, während die Investitionen lediglich um 1,3 Milliarden Euro zunahmen. Daraus ergebe sich eine Differenz von rund 23 Milliarden Euro, die nicht in zusätzliche Investitionen geflossen sei.

Als Grund nennen die Forscher Verschiebungen zwischen Kernhaushalt und Sondervermögen. So seien etwa Ausgaben im Verkehrsbereich aus dem regulären Haushalt in das kreditfinanzierte Sondervermögen verlagert worden. Dadurch sei die Investitionstätigkeit im Kernhaushalt gesunken.

Beide Institute sehen strukturelle Probleme bei der Umsetzung. Das IW weist darauf hin, dass zentrale Vorgaben zur Investitionsquote nur für Planungen gelten, nicht für die tatsächlichen Ausgaben. Das Ifo Institut betont, dass zusätzliche Schulden nur dann gerechtfertigt seien, wenn sie auch in zusätzliche Investitionen fließen.

Das Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro war im März 2025 vom Bundestag beschlossen worden. Ziel ist es, Investitionen in Infrastruktur und Klimaneutralität zu stärken.